

Geschäftsverteilung des Bundesverfassungsgerichts für das Geschäftsjahr 2010

A. Vorbemerkung

Die Zuständigkeit der Senate ergibt sich aus § 14 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG) und dem Beschluss des Plenums des Bundesverfassungsgerichts nach § 14 Absatz 4 Satz 1 BVerfGG vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 2492), der zuletzt durch Beschluss des Plenums vom 25. November 2008 (BGBl. I S. 2391 f.) geändert worden ist.

B. Erster Senat

Beschlüsse des Ersten Senats vom 2. Dezember 2009

1. Geschäftsverteilung des Senats

I.

Die verfahrenseinleitenden Anträge werden

1. nach originären Sachgebieten und
2. in einem Umlaufverfahren

auf die einzelnen Richter verteilt.

II.

Zu I. 1.

- a) Die Sachgebiete für jeden Richter ergeben sich aus der anliegenden Gesamtübersicht; zu den Sachgebieten gehören auch die Verfahren, in denen Rügen aus Artikel 19 Absatz 4, Artikel 101 Absatz 1 und Artikel 103 Absatz 1 GG überwiegen. Ist ein Richter für ein bestimmtes Grundrecht zuständig und wird in einem Verfahren überwiegend die Verletzung dieses Grundrechts gerügt, so ist ihm das Verfahren zuzuteilen. Die Zuständigkeit umfasst auch die in dem jeweiligen Sachgebiet anhängigen Verfahren aus den Vorjahren.
- b) Liegen in der Person des Berichterstatters Gründe gemäß §§ 18, 19 BVerfGG vor, wird aus dessen Kammer das dienstälteste Mitglied zum Berichterstatter bestellt.
- c) Wird ein Verfahren aus dem Allgemeinen Register nachträglich in das Verfahrensregister umgeschrieben (§ 61 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts – GOBVerfG –), ist für die Zuteilung die Fassung der Gesamtübersicht im Zeitpunkt des Eingangs des Verfahrens beim Leiter der Geschäftsstelle maßgebend.

Gesamtübersicht über die originären Sachgebiete

Vorsitzender des Senats Präsident Papier

- I. 1. Öffentliches Umweltschutzrecht,
2. Verfahren über Beeinträchtigungen von Grundstückseigentum (mit Ausnahme finanzieller Lasten), die sich auf öffentliches Recht stützen, soweit nicht die Dezernate BVR Eichberger oder BVR Schluckebier zuständig sind,
3. Recht des geistigen Eigentums,
4. Erbrecht.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVRin Hohmann-Dennhardt

- I. 1. Familienrecht,
2. Namensrecht,
3. Personenstandsrecht,
4. Transsexuellenrecht,
5. Kinder- und Jugendhilferecht,
6. Betreuungsrecht.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Bryde

- I. 1. Arbeitsrecht (einschließlich betrieblicher Altersversorgung),
2. Recht der Arbeitnehmerüberlassung,

3. Mutterschutzrecht, soweit es nicht zum Sozialrecht gehört,
4. Vereinigungsfreiheit – Artikel 9 GG –,
5. Hochschulrecht (einschließlich Promotions- und Habilitationsrecht, nicht jedoch sonstiges Hochschulausbildungs- und Hochschulprüfungsrecht),
6. Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre – Artikel 5 Absatz 3 GG –,
7. Petitionsrecht – Artikel 17 GG – (Eingänge bis zum 1. Januar 2009),
8. Bundeskindergeldgesetz,
9. Dienst- und Werkvertragsrecht, soweit nicht das Dezernat BVR Gaier zuständig ist.

- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Gaier

- I. 1. Recht der selbständig und vorwiegend persönlich ausgeübten Berufe, soweit es in den Verfahren (zumindest auch) um die Auslegung des Artikels 12 GG geht.

Solche Berufe sind:

- a) die klassischen freien Berufe (zum Beispiel Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten, Notare),
- b) andere selbständig, vorwiegend persönlich ausgeübte Berufe (zum Beispiel Makler, Hebammen, Landwirte, Handwerker),

2. Ausbildungs- und Prüfungsrecht (auch an Hochschulen, nicht jedoch im Rahmen des allgemeinen Schulrechts – vgl. Dezernat BVR Schluckebier),
3. wirtschaftsrechtliche Fragen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung,
4. Wettbewerbsrecht (UWG, GWB), soweit nicht die Zuständigkeit des Dezernats BVR Masing begründet ist, für Eingänge ab dem 1. April 2008.

- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Eichberger

- I. 1. Steuerrecht,
2. Abgabenrecht (einschließlich Abgabenrecht von Verbänden),
3. Erschließungsrecht,
4. Regulierungsrecht (Telekommunikation, Post, Eisenbahnen),
5. Bau- und Bodenrecht,
6. Bergrecht,
7. Fachplanungsrecht (außer Luftverkehrs- und Kernenergierecht),
8. Raumordnungsrecht,
9. Natur- und Landschaftsschutzrecht,
10. Enteignungsrecht,
11. Flurbereinigungsrecht.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Schluckebier

- I. 1. Recht der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit – Artikel 4 Absatz 1 und 2 GG –,
2. Schulrecht (einschließlich des Privatschulrechts – Artikel 7 GG – und einschließlich des Prüfungs- und Versetzungsrechts im Rahmen des Schulrechts, jedoch nicht Prüfungen für das Lehramt an Schulen),
3. Grundstücks- und unternehmensbezogene Vermögensfragen im Zusammenhang mit der Herstellung der Deutschen Einheit (insbesondere Vermögensgesetz, Investitionsvorrangsgesetz, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, Sachenrechtsänderungsgesetz, Schuldrechtsänderungsgesetz, Landwirtschaftsanpassungsgesetz),

4. Gesellschaftsrecht, einschließlich Genossenschaftsrecht; Recht des Versicherungswesens; Bank-, Börsen- und Wertpapierrecht; Kreditrecht einschließlich des Rechts der Sicherungen, für alle Eingänge ab dem 25. April 2006.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

BVR Kirchhof

- I. Sozialrecht (soweit nicht die Dezernate BVR Bryde – Bundeskindergeldgesetz – und BVR Gaier – zum Beispiel Kassenarztrecht etc. – zuständig sind).
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

BVR Masing

- I. 1. Recht der freien Meinungsäußerung, Rundfunk- und Pressefreiheit – Artikel 5 Absatz 1 GG –,
2. Versammlungsfreiheit / Demonstrationsrecht – Artikel 8 GG –,
3. allgemeines Persönlichkeitsrecht – Artikel 2 Absatz 1 GG –,
4. Recht des Datenschutzes,
5. Wettbewerbsrecht (UWG; GWB), soweit die Rüge der Verletzung des Artikels 5 Absatz 1 GG von erheblicher Bedeutung ist.
- II. Kostenrecht und Prozesskostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

Zu I. 2.

Soweit sich Verfahren nicht nach originären Sachgebieten zuteilen lassen, werden sie in Fortsetzung des durch Beschluss des Senats vom 9. August 1995 eingeführten Umlaufverfahrens zugeteilt. Maßgebend für die Zuteilung sind danach folgende Grundsätze:

- a) Die Zuteilung der eingehenden Umlaufverfahren richtet sich jeweils nach den Zuteilungszahlen des letzten Stichtages in folgender Weise:
Zunächst erhält der Richter, der zum vorigen Stichtag insgesamt (nach I. 1. und I. 2.) die geringste Zahl von Verfahren zugeteilt erhalten hat, so viele Umlaufverfahren zugeteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist. Anschließend werden die weiteren Umlaufverfahren in der Reihenfolge des Eingangs abwechselnd auf diese beiden Richter verteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist. Die weiteren Verfahren werden sodann unter diesen drei Richtern abwechselnd in der Reihenfolge des Eingangs zugeteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist, und so weiter. Sind alle Richter einbezogen, wird die Zuteilung im Umlauf auf einen neuen Stichtag bezogen; dieser ist der Letzte des Monats, für den beim Ausgleich die Statistik vorliegt. Liegt nach dem Ende des Ausgleichs noch keine neue Statistik vor, werden die Umlaufverfahren bis zum neuen Stichtag unter allen Richtern in der bisherigen Reihenfolge gleichmäßig verteilt. Bei gleichen Zuteilungszahlen beginnt die Zuteilung jeweils mit dem dienstjüngeren Richter.
- b) Von diesem Verfahren sind die Dezernate der BVR Kirchhof und Masing vollständig und das Dezernat Präsident Papier zu drei Viertel ausgenommen, was bedeutet, dass bei der Zuteilung die auf das Dezernat Präsident Papier entfallenden Verfahren vierfach zählen.
- c) Mit dem Geschäftsjahr 2010 beginnt das Zuteilungsverfahren nicht von neuem, sondern es wird das nach dem letzten Stichtag des Vorjahres laufende Zuteilungsverfahren gemäß den vorstehenden Grundsätzen fortgesetzt.
- d) Maßgebend für die Reihenfolge der Eintragung ist bei Umschreibungen aus dem Allgemeinen Register (§ 61 Absatz 2 GOBVerfG) der Eingang des Verfahrens beim Leiter der Geschäftsstelle; Entsprechendes gilt, wenn ein zunächst nach I. 1. zugeteiltes Verfahren nachträglich im Umlaufverfahren zugeteilt wird. Im Übrigen bestimmt sich die Reihenfolge der Eintragung nach dem durch den Eingangsstempel ausgewiesenen Zeitpunkt. Gehen mehrere Sachen gleichzeitig ein, so entscheidet die alphabetische Reihenfolge, bezogen auf den Namen des Beschwerdeführers oder den Ortsnamen des Sitzes der Institution oder des Gerichts, bei gleichem Sitz zweier oder mehrerer Institutionen die Bezeichnung der Institution. Gehen zu einem im Umlauf zugeteilten Verfahren gleichzeitig oder später weitere tatsächlich oder/und rechtlich gleich gelagerte Verfahren ein, so sind auch diese dem für das erste Eingangsverfahren zustän-

digen Richter außerhalb der maßgeblichen Zuteilungsfolge zuzuweisen, selbst wenn er im Zeitpunkt der Zuteilung vom Umlaufverfahren ausgenommen ist.

Umlaufverfahren, in denen ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gestellt ist (Eilsachen), werden sofort zur Zuteilung vorgelegt und jeweils dem Berichterstatter zugeteilt, der im Anschluss an die bereits zugeteilten und die dem Senatsvorsitzenden zur Zuteilung vorliegenden Verfahren an der Reihe ist; das gilt auch dann, wenn vorher noch weitere Umlaufverfahren eingegangen, aber noch nicht zur Zuteilung vorgelegt worden sind. Die weitere Reihenfolge der Zuteilung bestimmt sich wieder nach den allgemein geltenden Vorschriften unter Berücksichtigung der zugeteilten Eilsachen.

- e) Liegen in der Person des Berichterstatters Gründe gemäß §§ 18, 19 BVerfGG vor, wird aus dessen Kammer das dienstälteste Mitglied zum Berichterstatter bestellt.

2. Kammern des Senats gemäß § 15a Absatz 1 und 2 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2010 werden gemäß § 15a Absatz 1 und 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

1. Kammer: Präsident Papier
BVR Eichberger
BVR Masing
2. Kammer: BVRin Hohmann-Dennhardt
BVR Gaier
BVR Kirchhof
3. Kammer: Präsident Papier
BVR Bryde
BVR Schluckebier

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten:

1. für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer,
2. für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
3. für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer,

jeweils mit dem zuletzt genannten Mitglied beginnend, als Stellvertreter ein.

Jede der drei Kammern ist für die Verfassungsbeschwerden und die Entscheidungen nach § 81a BVerfGG aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig. Hinsichtlich der Verfassungsbeschwerden und der Entscheidungen nach § 81a BVerfGG aus dem Dezernat von Präsident Papier ist jedoch nur die 3. Kammer zuständig.

3. Ausschuss gemäß § 14 Absatz 5 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2010 werden in den Ausschuss gemäß § 14 Absatz 5 BVerfGG berufen:

BVRin Hohmann-Dennhardt
BVR Bryde

und als Stellvertreter
BVR Gaier
BVR Eichberger.

Die Vertreter sind in der Reihenfolge zuständig, in der sie vorstehend aufgeführt sind.

4. Voruntersuchung gemäß § 38 Absatz 2, §§ 47, 54 Absatz 2 und § 58 Absatz 1 BVerfGG

Für die Durchführung der Voruntersuchung in den Fällen von § 38 Absatz 2, §§ 47, 54 Absatz 2 und § 58 Absatz 1 BVerfGG sind für das Geschäftsjahr 2010 in der Reihenfolge der Verfahren folgende Richter zuständig:

BVRin Hohmann-Dennhardt
BVR Bryde
BVR Gaier
BVR Eichberger
BVR Schluckebier
BVR Kirchhof
BVR Masing

Vertreter ist jeweils der in der Reihe folgende Richter.

C. Zweiter Senat

Beschlüsse des Zweiten Senats vom 17. Dezember 2009

1. Geschäftsverteilung des Senats

I.

1. In Verfassungsbeschwerdeverfahren nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4a und 4b GG (§ 13 Nummer 8a BVerfGG), in Verfahren der konkreten Normenkontrolle nach Artikel 100 Absatz 1 GG (§ 13 Nummer 11 BVerfGG) und in Verfahren über die Vereinbarkeit eines Beschlusses des Deutschen Bundestages zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit dem Grundgesetz auf Vorlage nach § 36 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes (§ 13 Nummer 11a BVerfGG) erfolgt die Bestellung des Berichterstatters in Zuordnung zu den aus Nummer I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten.
2. In den Verfahren der abstrakten Normenkontrolle nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2 GG (§ 13 Nummer 6 BVerfGG), der Vorlagen nach Artikel 100 Absatz 3 GG (§ 13 Nummer 13 BVerfGG) und der sonstigen Fälle nach Artikel 93 Absatz 3 GG (§ 13 Nummer 15 BVerfGG) orientiert sich die Bestellung des Berichterstatters an den aus Nummer I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten und maßgeblich daran, welcher Richter angesichts der Geschäftslage das Verfahren gegenwärtig am wirksamsten fördern kann.

II.

In den übrigen Verfahrensarten erfolgt die Bestellung des Berichterstatters nach Maßgabe der aus Nummer II der Anlage ersichtlichen Verteilung.

III.

In Fällen der nicht nur kurzfristigen Dienstunfähigkeit oder der nachhaltigen Überlastung eines Richters kann abweichend von der unter den Nummern I und II geregelten Geschäftsverteilung ein anderer Richter zum Berichterstatter bestellt werden.

Anlage

Vorsitzender des Senats Vizepräsident Voßkuhle

- I. 1. Materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht (Verfahren von Beschwerdeführern mit den Anfangsbuchstaben A bis K), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht (Verfahren mit ungeraden Aktenzeichen), soweit bis zum 31. Dezember 2008 als Berichterstatter zugeteilt,
3. Recht des öffentlichen Dienstes, einschließlich Verfahrensrecht,
4. Personalvertretungsrecht,
5. Berufs- und Ehrengerichtsbarkeit,
6. Petitionsrecht,
7. allgemeines Zivilrecht (mit den Aktenzeichen der Endziffern 3 und 4), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.
- II. 1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVR Broß

- I. 1. Parlamentsrecht, einschließlich der Vorlagen nach § 36 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes (§ 13 Nummer 11a BVerfGG),
2. Staatskirchenrecht, einschließlich des Rechts der Dienstverhältnisse zu Religionsgesellschaften und des zugehörigen Disziplinarrechts,
3. freiwillige Gerichtsbarkeit,
4. Ordnungswidrigkeitenrecht,
5. Anordnung und Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft einschließlich einstweilige Unterbringungen nach § 126a StPO,
6. Wiederaufnahme des Strafverfahrens (4. Buch StPO) einschließlich der Rehabilitierungs- und Kassationsverfahren,
7. aus dem Strafverfahrensrecht: Wiedereinsetzung,
8. Zentralregistersachen,

9. Wohnungseigentumsrecht,

10. allgemeines Zivilrecht (mit Aktenzeichen der Endziffer 0), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
 11. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Europarecht von erheblicher Bedeutung sind, soweit bis zum 30. September 2005 als Berichterstatter zugeteilt.
- II. 1. Bund/Länderstreitigkeiten nach Artikel 84 Absatz 4 Satz 2, Artikel 93 Absatz 1 Nummer 3 und 4 GG (§ 13 Nummer 7 und 8 BVerfGG),
 2. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 1 GG (§ 13 Nummer 5 BVerfGG), öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nummer 10 BVerfGG), sofern sie überwiegend den Umfang der Rechte und Pflichten der Parlamente und ihrer Organeile betreffen.

BVRin Osterloh

- I. 1. Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht,
 2. Abgaben- und Steuerrecht, einschließlich Verfahrensrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
 3. Zwangsvollstreckungsrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
 4. allgemeines Zivilrecht (mit den Aktenzeichen der Endziffern 8 und 9), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.
- II. Verfahren zur Feststellung der Verwirkung von Grundrechten nach Artikel 18 GG (§ 13 Nummer 1 BVerfGG).

BVR Di Fabio

- I. 1. Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG,
 2. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Europarecht von erheblicher Bedeutung sind,
 3. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Völkerrecht von erheblicher Bedeutung sind,
 4. Auslieferungsrecht,
 5. Klageerzwingungsverfahren,
 6. Privat- und Nebenklage,
 7. allgemeines Zivilrecht (mit dem Aktenzeichen der Endziffer 2), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
 8. Parlamentsrecht, einschließlich der Vorlagen nach § 36 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes (§ 13 Nummer 11a BVerfGG), soweit bis zum 30. September 2005 als Berichterstatter zugeteilt.
- II. 1. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 1 GG (§ 13 Nummer 5 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
 2. Völkerrechtsqualifizierungsverfahren nach Artikel 100 Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 12 BVerfGG),
 3. öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nummer 10 BVerfGG), sofern sie überwiegend den Umfang der Rechte und Pflichten der Parlamente und ihrer Organeile betreffen, soweit bis zum 30. September 2005 als Berichterstatter zugeteilt.

BVR Mellinghoff

- I. 1. Parteienrecht,
2. Wahlrecht,
3. Maßnahmen nach dem 1. Buch, 8. Abschnitt StPO in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren,
4. materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht (Verfahren von Beschwerdeführern mit den Anfangsbuchstaben L bis Z), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
5. materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht (Verfahren mit geraden Aktenzeichen), soweit bis zum 31. Dezember 2008 als Berichterstatter zugeteilt,

6. Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG, soweit bis zum 30. September 2005 als Berichtserstatter zugeteilt,
 7. Körperschaftsteuerrecht,
 8. Zwangsversteigerungsrecht.
- II. 1. Verfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Parteien nach Artikel 21 Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 2 BVerfGG),
2. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 1 GG (§ 13 Nummer 5 BVerfGG), öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nummer 10 BVerfGG), sofern sie den verfassungsrechtlichen Status politischer Parteien oder das Wahlrecht betreffen,
3. Wahlprüfungsbeschwerden nach Artikel 41 Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 3 BVerfGG).

BVRin Lübke-Wolff

- I. 1. Maßnahmen im Vollzug von
- a) Untersuchungshaft,
 - b) Straftat,
 - c) Unterbringungen,
 - d) sonstigen Freiheitsentziehungen,
2. Staatsangehörigkeitsrecht,
3. Vertriebenenrecht,
4. Insolvenzrecht,
5. allgemeines Zivilrecht (mit Aktenzeichen der Endziffer 1), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
6. Verfahren in der Zuständigkeit des Zweiten Senats, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.
- II. Normenkontrollverfahren nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2a, Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 6a, 6b BVerfGG).

BVR Gerhardt

- I. 1. Asylrecht,
2. Aufenthaltsrecht,
3. Wehr- und Ersatzdienstrecht, einschließlich Unterhaltssicherungsrecht,
4. Berufs- und Ausbildungsrecht,
5. Waffenrecht,
6. Mietrecht,
7. allgemeines Zivilrecht (mit den Aktenzeichen der Endziffern 5, 6 und 7), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.
- II. 1. Anklagen gegen den Bundespräsidenten nach Artikel 61 GG (§ 13 Nummer 4 BVerfGG),
2. Richteranklagen nach Artikel 98 Absatz 2 und 5 GG (§ 13 Nummer 9 BVerfGG).

BVR Landau

- I. 1. Strafrecht,
2. Strafverfahrensrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist, einschließlich nachträglicher Bildung einer Gesamtstrafe,
3. Gnadensachen.
- II. Verfahren zur Feststellung des Fortgeltens von Recht als Bundesrecht nach Artikel 126 GG (§ 13 Nummer 14 BVerfGG).

**2. Kammern des Senats
gemäß § 15a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2
BVerfGG**

Für das Geschäftsjahr 2010 werden gemäß § 15a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

1. Kammer: BVRin Osterloh
BVR Mellinghoff
BVR Gerhardt
2. Kammer: BVR Broß
BVR Di Fabio
BVR Landau
3. Kammer: Vizepräsident Voßkuhle
BVR Mellinghoff
BVRin Lübke-Wolff

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten

- a) für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
- b) für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer,
- c) für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer,

jeweils mit dem dienstjüngsten Mitglied (§ 8 GOBVerfG) beginnend, als Stellvertreter ein.

Die 1. Kammer ist für die Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus dem Dezernat BVRin Osterloh für alle Rechtsgebiete, aus dem Dezernat BVR Mellinghoff hinsichtlich der Rechtsgebiete der Maßnahmen nach dem 1. Buch, 8. Abschnitt StPO in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren (I. 3.), des Körperschaftsteuerrechts (I. 7.) sowie des Zwangsversteigerungsrechts (I. 8.) und aus dem Dezernat BVR Gerhardt für alle Rechtsgebiete zuständig.

Die 2. Kammer ist für Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig.

Die 3. Kammer ist für Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus dem Dezernat Vizepräsident Voßkuhle für alle Rechtsgebiete, aus dem Dezernat BVR Mellinghoff mit Ausnahme der Rechtsgebiete der Maßnahmen nach dem 1. Buch, 8. Abschnitt StPO in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren (I. 3.), des Körperschaftsteuerrechts (I. 7.) sowie des Zwangsversteigerungsrechts (I. 8.) und aus dem Dezernat BVRin Lübke-Wolff für alle Rechtsgebiete zuständig.

3. Ausschuss gemäß § 14 Absatz 5 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2010 werden in den Ausschuss gemäß § 14 Absatz 5 BVerfGG berufen:

BVR Broß
BVRin Osterloh
und als Stellvertreter
BVR Di Fabio
BVR Mellinghoff.

Die Vertreter sind in der Reihenfolge heranzuziehen, in der sie vorstehend aufgeführt sind.